

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Kurt Vogelsang MdB, Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages, zum Lehrstellen-Mangel: Betriebe, die noch nicht ausbilden, für Angebote gewinnen. Seite 1

Lothar Löffler MdB, Stellvertretender Vorsitzender im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages, weist Unions-Angriffe auf den Volkstammer-Besuch der SPD zurück: Verständigung suchen. Seite 2

Klaus Daubertshäuser MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages, macht auf die Zunahme des Regionalflugverkehrs aufmerksam: Vor Ausweitung des Berlin-Flugverkehrs? Seite 4

Oskar Lafontaine, Landesvorsitzender der SPD-Saar, kritisiert die Bonner Familienpolitik: Unsozial und widersprüchlich. Seite 6

39. Jahrgang / 51

13. März 1984

Wie der Lehrstellenmangel behoben werden kann

Betriebe, die noch nicht ausbilden, für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen gewinnen

Von Kurt Vogelsang MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages

Angesichts der aktuellen Situation in Angebot und Nachfrage bei Ausbildungsplätzen - einer gegenüber dem Vorjahr steigenden Zahl von Bewerbern steht offenbar ein geringeres Angebot von Plätzen gegenüber - darf die Zeit nicht verstreichen, ohne daß der Deutsche Bundestag in seinen Fraktionen und im zuständigen Ausschuß darüber nachdenkt, wie ungeachtet aller Schwierigkeiten allen jungen Menschen ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt werden kann.

Hierzu helfen allerdings allgemeine Appelle an die Betriebe, die schon immer ausgebildet haben, sehr wenig. Bei diesen ist es nicht mehr nur eine Frage des guten Willens, sondern der Möglichkeiten. Aus diesem Grunde muß der Blick auf die Betriebe gerichtet werden, die bisher keine Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt haben, obwohl sie es könnten. Im Handwerk bilden 50 Prozent aller Betriebe aus, in Handel und Industrie dagegen nur 25 Prozent. In Zahlen heißt das: von den 595.000 ins Handelsregister eingetragenen Mitgliedern der Industrie- und Handelskammern bilden 146.000 aus.

Das bedeutet: Wenn von den übrigen 449.000 nicht ausbildenden Betrieben nur die Hälfte, also rund 225.000, die wirtschaftlichen, personellen und fachlichen Voraussetzungen bezüglich der Lehrlingsausbildung erfüllen und davon wiederum die Hälfte im Herbst dieses Jahres je einen Auszubildenden einstellen würde, so ergäbe dies eine zusätzliche Ausbildungskapazität von ungefähr 110.000 Ausbildungsplätzen.

Wenn die Zukunft der jungen Menschen am Herzen liegt, muß spätestens jetzt nachdenken, wie man die Betriebe, die bisher noch nicht ausbilden, für die Bereitstellung neuer Ausbildungsplätze gewinnen kann. Das Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung ist bisher die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, wie die "Trittbrettfahrer" in die allgemeine Verantwortung eingebunden werden können.

(-/13.3.1984/ks/rs)

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

+ + +

Verdichter-Union
mit dem Namen Rotblau
Bundestages



Wo Verständigung möglich ist, ist Streit unnötig

Kohl sollte seine Partei auffordern, den Widerstand gegen die Aufnahme von Beziehungen zur Volkskammer einzustellen

Von Lothar Löffler MdB

Stellvertretender Vorsitzender im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages

Der Besuch von SPD-Abgeordneten bei der Volkskammer ist auch auf Kritik gestoßen. Die stärkste kam aus den Reihen der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages. Dabei handelt es sich allerdings um ein internes Problem der beiden Unionen, denn die Bundesregierung hat in den letzten Wochen Kontakte zur DDR auf möglichst vielen Ebenen empfohlen.

Diese Empfehlung entspricht der Linie der innerdeutschen Politik von Bundeskanzler Kohl. Ironie der Geschichte: Er lobt ausdrücklich die Fortschritte seiner Regierung in der innerdeutschen Politik, die er als Oppositionsführer als bevorzugten Kampfplatz für seine Auseinandersetzungen mit der Regierung von Helmut Schmidt angesehen hat. Auch verschweigt Herr Kohl, daß die Fortschritte unter seiner politischen Führung ohne seine beiden Vorgänger Brandt und Schmidt nicht möglich gewesen wären. Wir Sozialdemokraten begrüßen die Kontinuität in der innerdeutschen Politik.

Tun die beiden Unionen es auch? Ihre Kritik am Besuch von Mitgliedern der SPD-Fraktion läßt Zweifel aufkommen. Zwei Punkte vermerken sie besonders kritisch:

Erstens: Die Volkskammer ist kein Parlament im westlichen Sinne.

Nach dem politisch gesellschaftlichen Verständnis in der DDR will sie das auch gar nicht sein. Für uns ist wichtig, daß in ihr 500 Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft versammelt sind. Diese haben alle noch andere wichtige Funktionen, zum Teil in hohen Entscheidungsgremien. Gespräche mit ihnen sind kein Kotau vor der DDR-Regierung, sondern dienen der



konkreten Lösung von gemeinsamen Problemen. Davon gibt es eine ganze Menge. Das beweist nur, daß wir eben ein Volk sind, das in zwei Staaten lebt.

Zweitens: Die Volkskammer tagt in Ostberlin und Abgeordnete aus diesem Teil der Stadt nehmen ohne Einschränkung an der Arbeit teil.

Dieser Einwand wird bei Prüfung und Würdigung aller Bestimmungen der Besatzungsmacht sicherlich rechtlich untermauert. Die Ehrlichkeit gebietet es aber, auch folgendes zu sagen: Läge Berlin in der Bundesrepublik und Ostberlin wäre eine Exklave der DDR oder ein Gebiet, das in besonderen Maße mit der DDR verbunden wäre, wir würden nicht anders handeln; der Bundestag hätte seinen Sitz in Berlin (West) bei Gleichberechtigung der Berliner Abgeordneten.

Wenn es um Deutschland geht, sollte folgender Grundsatz gelten: Wo Verständigung möglich ist, ist Streit unnötig. Danach sollte nicht nur der Bundeskanzler Kohl handeln, sondern auch der CDU-Vorsitzende Kohl, indem er zum Beispiel seine Partei auffordert, ihren Widerstand einzustellen gegen die Aufnahme von Beziehungen zwischen Bundestag und Volkskammer. (-/13.3.1984/ks/rs)

+ + +



Vor Ausweitung des Berlin-Flugverkehrs?

Der Regionalflugdienst gewinnt an Bedeutung

Von Klaus Deubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Optimale Luftverkehrsverbindungen zwischen Berlin und Westdeutschland sind nach wie vor eine wesentliche Voraussetzung für die Überwindung des Standortnachteils zur Erhaltung der Lebensfähigkeit Berlins und seiner Attraktivität.

Im Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern wird der Verkehrsanteil des Luftverkehrs durch die Leistungsfähigkeit und Attraktivität auch der landgestützten Verkehrsarten Straße und Schiene bestimmt.

Seit Inkrafttreten des Transitabkommens am 3. Juni 1972 haben sich die Verkehrsströme im Personenverkehr von und nach Berlin (West) verlagert. 1971 wurden im Linienflugverkehr von und nach Berlin 5,6 Millionen Passagiere befördert. In den Jahren 1975 bis 1978 waren es jeweils nur noch rund 3,3 Millionen. Mit der Neuregelung der Flugpreissubvention ab 1. April 1979 stieg die Zahl der Linienflugpassagiere 1980 auf 3,8 Millionen. In den vergangenen drei Jahren war der Trend jedoch wieder rückläufig (Fluggastaufkommen 1981: 3,6 Millionen, 1982: 3,35 Millionen, 1983: 3,45 Millionen).

Die Fluggastsubvention im Flugverkehr von und nach Berlin (West) wurde 1962 eingeführt, um den generellen Standortnachteil Berlins zu kompensieren und auch einkommensschwächeren Bevölkerungskreisen einen Berlin-Flug zu ermöglichen.

Die Subvention kommt nicht den Gesellschaften, sondern dem einzelnen Fluggast zugute und wird auf allen Flugstrecken zwischen Berliner und westdeutschen Flughäfen gewährt.

Zur Zeit gibt es folgende westdeutsche Flugverbindungen: Hamburg, Bremen, Hannover, Düsseldorf, Köln-Bonn, Frankfurt/Main, Stuttgart, Nürnberg, München, Saarbrücken und Sylt (im Sommerhalbjahr).

Immer stärker in die Diskussion einbezogen wurden in den letzten Jahren auch Gedanken der Einrichtung von Regionalflugdiensten im Berlin-Flugverkehr. Der Luftverkehr innerhalb des Bundesgebietes verteilt sich zu 15 Prozent auf den Privatreise- und zu 85 Prozent auf den Geschäftsreiseverkehr. Im Luftverkehr Berlins mit dem Bundesgebiet beträgt diese Relation etwa 40 zu 60 Prozent.

Nachdem der Fluggesellschaft Direct-Airs von den Alliierten Luftfahrtattachés die Aufnahme eines Regionalflugverkehrs von Ludwigshafen und Mannheim nach Berlin genehmigt worden ist, plant British Airways (BA) ebenfalls die Aufnahme des Regionalverkehrs, und zwar zwischen Münster/Osnabrück und Berlin.

Die BA hat bei der britischen Regierung einen Antrag auf Genehmigung gestellt. Die britische Regierung will nur dann die Zustimmung erteilen, wenn die Bundesregierung grundsätzlich die Zusage für eine Subventionierung wie auf den anderen Flugstrecken gibt. Die BA will mit einer Super-One-Eleven mit 99 Sitzen fliegen. Man geht von



einem Passagieraufkommen von 60 bis 65.000 Personen pro Jahr aus, von diesen 65.000 Passagieren sollen 48.000 aus Neuaufkommen bestehen, 17.000 sind Abwanderer von den Flughäfen Hannover (10.000) und Düsseldorf (7.000). Die BA geht davon aus, daß die Wirtschaftlichkeit der Linie gewährleistet ist. Die Maschinen sollen von Montag bis Freitag zwei mal täglich fliegen (je ein Flugpaar morgens und abends).

Der Haushaltsansatz für die Subventionierung des Flugverkehrs ist durch Entscheidung des Haushaltsausschusses für 1984 von 95 Millionen DM auf 97 Millionen DM aufgestockt worden. Bei 48.000 Passagieren und einem angenommenen Subventionssatz von 30 DM pro Fluggast für den einfachen Flug wären Mittel in Höhe von 1,44 Millionen DM erforderlich. Die genehmigten 97 Millionen DM decken den Mehrbedarf.

In der Frage der Subventionierung wird die Bundesregierung allerdings in einen Interessenkonflikt kommen. Weil sie eigentlich aus grundsätzlichen verkehrspolitischen Überlegungen die Subventionierung eines Regionalflugverkehrs ablehnen muß, weil Abwanderungen von der Schiene vermieden werden sollen und der Regionalflugverkehr - wie der innerdeutsche Flugverkehr überhaupt - nicht wirtschaftlich ist.

Neben den Flugpreissubventionen werden die Berlin-Flüge der Alliierten Luftfahrtgesellschaften bereits dadurch erheblich bevorzugt, daß hierfür keine Mehrwertsteuer und keine Mineralölsteuer zu zahlen sind und die Gesellschaften zudem noch vorsteuerabzugsberechtigt sind.

Im Omnibuslinienverkehr - dem die Subventionen 1982 ersatzlos gestrichen worden sind - werden in der Relation Berlin-Düsseldorf bei Einrichtung eines derartigen Flugdienstes Fahrgastrückgänge befürchtet.

Bei einem einkalkulierten Verkehrsabzug von benachbarten Flughäfen Düsseldorf, Köln und Hannover ist mit einer weiteren Ausdünnung der dortigen Flugpläne zu rechnen. Dies führt gegebenenfalls zu Forderungen nach Erhöhung der Subvention und weiterer Sondertarife.

(-/13.3.1984/ks/rs)

+ + +



Die Bonner Familienpolitik ist unsozial!

Anmerkungen zur "Mutter-Kind-Stiftung" der Bundesregierung

Von Oskar Lafontaine
Landesvorsitzender der SPD-Saar

Die von Bundesminister Geißler wieder gemachten Versprechungen, in den nächsten Jahren für mehr Kindergeld durch Steuerfreibeträge und Erziehungsgeld zu sorgen, hält die SPD-Saar für pure Augenwischerei und ein Ablenkungsmanöver von der in den letzten 18 Monaten erfolgten Kahlschlagpolitik für Familien durch die Bonner Rechtskoalition, wie unter anderem der Kürzung von Kindergeld, Mutterschaftsgeld, Sozialhilfe, BaföG.

In der bereits mehrfach von der Bundesregierung versprochenen Stiftung "Mutter und Kind - zum Schutz des ungeborenen Lebens" sehen wir keinen wirksamen Ersatz für die drastischen Kürzungen der Leistungen für die Familien, sondern vielmehr eine "Geburtenprämie". Denn die Bundesregierung will mit 25 Millionen DM im Jahr Frauen dazu anhalten, von einem Schwangerschaftsabbruch abzusehen und ihr Kind auszutragen, wofür bedürftigen Frauen eine Prämie zwischen 3.000 und 5.000 DM zur Verfügung gestellt werden soll.

Ein solches Handeln, auf der einen Seite Leistungen für Familien zu kürzen und auf der anderen Seite die Geburtenzahl durch Einmal-Prämien erhöhen zu wollen, betrachten wir als widersprüchlich. In sicherer Einschätzung dieser Situation haben sich auch die Hörer des Saarländischen Rundfunks innerhalb des "Wortgefechtes" einmütig gegen die von Geißler propagierte Stiftung ausgesprochen.

Die SPD-Saar fordert Bundes- und Landesregierung auf, die Krankenkassenleistungen für die soziale Indikation zu erhalten und die Familien verstärkt zu unterstützen, wie unter anderem durch Erhöhung des Kindergeldes, Einführung eines Elternurlaubes und volle Leistungen für den Mutterschaftsurlaub. (-/13.3.1984/ks/rs)

+ + +

